

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl



Deutschland liegt
gut im Rennen!



● Helmut Kohl:

Das Europäische Parlament braucht das kraftvolle Votum der europäischen Bürger. Seite 2

● Heiner Geißler:

Wir gehen mit Zuversicht in das Jahr 1989. Es wird ein Jahr der Information und des Dialogs. Seite 3

● Halbzeitbilanz

Machen Sie mit! Neue Materialien für unsere Informationskampagne. Seite 7

HEUTE

● Parteienfinanzierung

Eine mit staatlichen Mitteln unterstützte Parteienfinanzierung ist durch das Grundgesetz gerechtfertigt. Seite 29

● Bundeskanzler

Rolf Zundel in der „Zeit“ über Helmut Kohl: „Ein Kanzler wie ein Eichen-schrank.“ Seite 34

● Öffentlichkeitsarbeit

Das Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

● Dokumentation

Mit Forschung die Zukunft gewinnen. Grüner Teil

● Fragebogen

Einige Fragen zu Ihrer Öffentlichkeitsarbeit, damit wir noch mehr für Sie tun können. Blauer Teil

Europa-Wahlen am 18. Juni 1989

Helmut Kohl: Das Europäische Parlament braucht das kraftvolle Votum der europäischen Bürger

„Außenpolitisch werden uns die kommenden Monate vor wichtige Aufgaben stellen.“ Mit diesen Worten hat Bundeskanzler Helmut Kohl seine erste Pressekonferenz im neuen Jahr eingeleitet. Noch vor den Fragen der deutsch-amerikanischen Beziehungen und dem Ost-West-Verhältnis befaßte sich der Bundeskanzler mit der Europa-Politik:

Am 1. Januar hat Spanien für das erste Halbjahr 1989 die EG-Präsidentschaft übernommen. Am 6. Januar hat die neue EG-Kommission für die nächsten vier Jahre ihre Arbeit aufgenommen.

Ich bin sicher, daß die Kommission gemeinsam mit der spanischen sowie mit der ihr folgenden französischen Präsidentschaft alles daran setzen wird, die Gemeinschaft weiter voranzubringen. Die Bundesregierung wird die erforderliche Unterstützung geben.

Binnenmarkt bis 1992

Für das jetzt wichtigste Ziel, den Binnenmarkt bis zum 31. Dezember 1992 zu vollenden, müssen die grundlegenden Maßnahmen bis Ende 1990 beschlossen sein, da sie überwiegend noch in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Bisher ist rund die

Hälfte der erforderlichen Maßnahmen verabschiedet worden.

Ich werde bereits am 5. und 6. Februar mit Ministerpräsident González in Sevilla zusammentreffen, um mit ihm eingehend über die wichtigsten Fragen zu sprechen. Ich werde mit ihm vor allem auch über mögliche Initiativen sprechen, die die EG zur Unterstützung einer Friedensregelung im Nahen Osten ergreifen sollte. Durch die Aufnahme des Dialogs zwischen den USA und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO konnte ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zu einer internationalen Friedenskonferenz ausgeräumt werden. Nunmehr gilt es, weitere Chancen für den Friedensprozeß auszuloten.

Vor der Europa-Wahl

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Bürger am 18. Juni 1989 zum 3. Mal die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt wählen. Das Europäische Parlament braucht das kraftvolle Votum der europäischen Bürger, um auch in Zukunft die dynamische Kraft für den europäischen Einigungsprozeß zu bleiben, als die es sich bewährt hat. Die demokratische Verankerung der europäischen Politik muß entscheidend verstärkt werden.

Heiner Geißler: Wir gehen mit Zuversicht in das Jahr 1989

Zum Jahreswechsel hat Generalsekretär Heiner Geißler an die Vorsitzenden der CDU-Kreisverbände sowie an die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der Kreistage und der Stadt- und Gemeinderäte in Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen einen Brief geschrieben, in dem er eine politische Bilanz des vergangenen Jahres zieht und zugleich

einen Ausblick auf die vor uns liegenden politischen Aufgaben gibt. Für die ersten Monate des Jahres kündigt der Generalsekretär eine bundesweite Aufklärungs- und Informationsaktion der CDU an unter dem Motto „Deutschland liegt gut im Rennen — Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl“.

Liebe Parteifreunde,

zum Jahreswechsel danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre Arbeit im zurückliegenden Jahr und bitte Sie, auch im Jahr 1989 gemeinsam für die Politik der CDU und des Bundeskanzlers einzutreten.

Das Jahr 1988 war für die Bundesregierung, für die Bundestagsfraktion und für die CDU ein Jahr der Bewährung und der Standfestigkeit.

Zwei große Reformwerke wurden beschlossen: Die große Steuerreform und die Gesundheitsreform. Ich weiß, daß es in der Arbeit vor Ort nicht immer leicht war und bis heute nicht immer einfach ist, diese Politik zu vertreten. Aber die Steuerreform war notwendig, um unserer Wirtschaft zusätzlich Schwung zu geben und die unerträglich hohe Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger zu senken. Ohne die Gesundheitsreform wären eine gute ärztliche Versorgung und die Existenz unseres bewährten Gesundheitssystems für die Zukunft nicht mehr sicher, und Pflegebedürftigen könnte nicht wirkungsvoll geholfen werden. Die CDU als Volkspartei hat diese Reform gegen den Widerstand mächtiger Interessengruppen im Interesse des Allgemeinwohls durchgesetzt. Die CDU als führende Regierungspartei mußte die Hauptlast der damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen tragen.

Die SPD und große Teile der Gewerkschaften haben die Steuerreform von Anfang an bekämpft. Die SPD diffamiert die Gesundheitsreform; sie spekuliert auf beschämende Weise mit den Ängsten der Bürger vor Krankheit und Tod. Mit dieser Angstkampagne will die SPD die Bürger verunsichern, von der eigenen Konzeptionslosigkeit und von der Tatsache ablenken, daß sie selbst als Regierungspartei bis 1982 die überfällige Gesundheitsreform verschleppt und sie der CDU hinterlassen hat.

Weil die SPD ihre Chancen auf eine Regierungsübernahme im Bund als schlecht einschätzt, ist es ihr Ziel, auf dem Umweg über Länder und Gemeinden langfristig wieder die Politik in Bonn bestimmen zu können. Deshalb inszeniert sie im Verein mit ihr wohlgesonnenen Medien Verleumdungskampagnen in Ländern, in denen die CDU erfolgreich die Regierung führt. Die SPD wird damit scheitern, weil immer mehr Bürger diese Verleumdungsstrategie durchschauen und sich die solide politische Arbeit der CDU und unsere überzeugenden Argumente auf Dauer durchsetzen werden. Das gescheiterte Mißtrauensvotum gegen Ernst Albrecht ist ein großer Erfolg für die niedersächsische CDU und eine schwere Niederlage für die SPD, Schröder und seine Skandal-Kampagne.

II. 1989 wird für die CDU ein Jahr der Information und des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern sein müssen, um sie von der Notwendigkeit und Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen.

Die CDU und die Bundesregierung werden ihre erfolgreiche Politik im Bewußtsein der Bevölkerung verankern müssen. Im Januar 1989 ist Halbzeit: Zwei Jahre der Legislaturperiode sind vorbei. Das ist für die CDU der Anlaß für eine bundesweite Aufklärungs- und Informationsaktion unter dem Motto „Deutschland liegt gut im Rennen — Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl“.

Ich rufe alle Mitglieder unserer Partei, alle Mandats- und Funktionsträger, alle hauptamtlichen Mitarbeiter und alle Freunde unserer Partei auf, bei dieser Aktion „Deutschland liegt gut im Rennen“ mitzumachen.

Wichtig für den Erfolg unserer Aktion ist es, daß sich Orts- und Kreisverbände gut und rechtzeitig in gemeinsamen Sitzungen mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten und kommunalen Mandatsträgern vorbereiten. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle wird Sie dabei nach Kräften unterstützen durch Argumentations- und Informationsunterlagen, durch Verteilmittel und eine Zeitung.

Wir können bei dieser Aktion nicht auf breite Unterstützung durch die Medien hoffen. Aber nichts überzeugt mehr als der persönliche Einsatz und das gute Argument. Wenn 700.000 Mitglieder unserer Partei am Arbeitsplatz, im Bekannten- und Freundeskreis unsere Politik offensiv darstellen und erklären, werden die Desinformationskampagnen der SPD und ihrer Hilfstrophen unterlaufen. Mundfunk gegen Rundfunk!

III. 1989 ist angesichts der bevorstehenden Europawahl, einer Landtagswahl und fünf Kommunalwahlen ein Jahr von weitreichender politischer Bedeutung für die CDU und unser Land.

Wir blicken 1989 zurück auf 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland und auf sieben erfolgreiche Jahre der Regierung Helmut Kohl. Dies ist ein guter Anlaß für eine Gesamtbilanz unserer Politik. In der 40jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die CDU 27 Jahre lang die Regierungsverantwortung getragen und den Bundeskanzler gestellt. Wir haben nach 1949 mit dem westlichen Bündnis, der Europäischen Gemeinschaft, der Sozialen Marktwirtschaft, einem weltweit vorbildlichen Sozialsystem die grundlegenden Voraussetzungen für 40 Jahre Frieden und Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle geschaffen.

Seit 1982 hat die CDU den Schutt, den die Sozialdemokraten hinterlassen hatten, weggeräumt, unser Land aus der tiefsten Sozial-, Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland herausgeführt, den wirtschaftlichen Aufschwung in Gang gebracht und die Inflation beseitigt. Wir haben die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung gebannt und das Zerschneiden des westlichen Bündnisses verhindert, neue Erfolge in der Abrüstungspolitik ermöglicht, festes Vertrauen geschaffen und ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen aufgeschlagen.

Nach der Bundestagswahl 1987 wurden diese Erfolge weiter ausgebaut, auch wenn in der öffentlichen Darstellung Fehler gemacht worden sind. Vor allem aber haben wir mit wichtigen Reformgesetzen die Bundesrepublik Deutschland auf Zukunftskurs gebracht und wichtige wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen für den europäischen Binnenmarkt 1992 geschaffen. Was CDU und Bundesregierung in dieser Legislaturperiode politisch durchsetzen, ist auch ein Fitneßprogramm für den europäischen Markt und die europäische Einigung. Die Vision der Gründungsväter Europas, die wirtschaftliche und politische Einigung Europas, ist in greifbare Nähe gerückt. Der EG-Gipfel von Hannover hat Europa neuen Schwung gegeben und ist ein großer persönlicher Erfolg Helmut Kohls. Der Vorsitzende der EG-Kommission, Delors, sagte dazu: „Dieser Bundeskanzler hat als Präsident der Europäischen Gemeinschaft in einem halben Jahr mehr geleistet als andere in zehn Jahren.“

Die CDU ist die große deutsche Europapartei. Deshalb kämpfen wir bei der Europawahl am 18. Juni 1989 darum, daß unser erfolgreicher Kurs in Europa fortgesetzt werden kann. Deutschlands Zukunft heißt Europa, und jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für die europäische Einigung.

IV. Die CDU hat als Volkspartei die politische Kraft und Vitalität, in der Regierungsverantwortung wichtige Reformen durchzusetzen und gleichzeitig als Partei zukunftsorientierte Beschlüsse zur Fortentwicklung christlich-demokratischer Politik zu fassen.

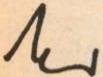
Auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden und auf drei Bundesausschüssen in Bonn und Berlin hat die CDU 1988 wegweisende Leitsätze zur Außen-, Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik beschlossen. Die CDU hat Schlüsselthemen der Innen- und Gesellschaftspolitik aufgegriffen und Konzepte erarbeitet, die weit in die Zukunft reichen: für eine kinderfreundliche Gesellschaft, für eine humane Pflege, für die Reform der Alterssicherung, für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die CDU hat nach einer vorbildlichen Diskussion richtungweisende Beschlüsse zum Schutz des ungeborenen Lebens verabschiedet.

Mit der Verabschiedung der Post- und Fernmeldereform, der Reform zur Sicherung der Renten durch Bundesregierung und Bundestag, sowie mit der Verabschiedung von Konzepten zur Reform der Parteiorganisation, zum Umweltschutz und zur Ausländerpolitik durch die Partei wird die CDU im kommenden Jahr erneut unter Beweis stellen, daß sie grundsatztreu und zukunfts offen ist.

Die CDU kann mit Zuversicht in das Jahr 1989 gehen. Wir haben als Regierung und als Partei gute Arbeit geleistet. Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß auch die Bürgerinnen und Bürger bei den bevorstehenden Wahlen mehrheitlich dieses Urteil bestätigen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen



Winnert
Winnert

30 Reisen

nach Bonn

zu gewinnen

Einige Fragen an Sie...

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle möchte die CDU-Mitglieder in ihrer Öffentlichkeitsarbeit vor Ort noch mehr unterstützen. Wenn Sie den Fragebogen im blauen Teil dieser Ausgabe ausfüllen, helfen Sie uns dabei. Unter den Einsendern verlosen wir dreißig Reisen nach Bonn.

**Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
Deutschland liegt gut im Rennen!**

Neue Materialien für unsere Informationskampagne

Das Jahr 1989 beginnt mit einer breit angelegten, Informationskampagne zur erfolgreichen Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl. Die zentrale Aussage dieser Kampagne lautet: „Deutschland liegt gut im Rennen!“

Alle CDU-Mitglieder sind aufgerufen, sich aktiv an dieser Informationskampagne zu beteiligen. Die neuen Materialien der Bundesgeschäftsstelle, die wir Ihnen auf diesen Seiten vorstellen, eignen sich hervorragend zur eigenen Information und zur Weitergabe an eine breite Öffentlichkeit: Ein Faltblatt zur Steuerre-

form, ein Taschenlexikon zur Gesundheitsreform und ein zusammenfassender Faltprospekt: 12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl.

Machen Sie mit!

Optisch unterstützt wird unsere Informationskampagne durch eine neue Wandzeitung (Abb. siehe unten). Mit ihr können die Verbände der CDU in ihren Schaukästen unübersehbar auf die erfolgreiche Halbzeitbilanz aufmerksam machen.

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl



CDU
Die Zukunft

Dies ist die neue Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

Von dieser Wandzeitung können Sie — solange der Vorrat reicht — noch weitere Exemplare bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit Tel. : 02 28/54 44 77 anfordern.

Faltblatt Steuerreform**Mehr Geld für den
Bürger, mehr Schwung
für die Wirtschaft**

Unter dieser Überschrift kann jeder Bürger ausführliche Informationen über die große Steuerreform finden: Eine leicht verständliche Einführung zeigt: Der neue Steuertarif 1990 ist sozial ausgewogen und leistungsorientiert. Und: Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern.

Ausführliche Steuertabellen zeigen die monatlichen Entlastungen von 1986, 1988 und 1990 im Vergleich. Diese Steuerreform zahlt sich aus.

Unter dem Stichwort „Doppelzüngige SPD“ informiert eine detaillierte Aufstellung über die 44 Steuer- und Abgabenerhöhungspläne, die die SPD in den vergangenen zwei Jahren vorgelegt hat.

Mindestabnahme 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme 24,— DM
Bestell.-Nr.: 2127

Taschenlexikon**Gesundheitsreform
von A bis Z**

In Form eines alphabetischen Nachschlagewerkes enthält dieses handliche Taschenlexikon alle wichtigen Stichworte zur Gesundheitsreform. Von Apothekenversorgung über Internationalen Krankenschein bis Zahnbehandlung findet der Leser Informationen über die wichtigsten Bestimmungen des Reformgesetzes für unser Gesundheitswesen. Wie der ruinöse Preisanstieg bei Arzneimitteln durch Festbeträge gestoppt werden soll, wird ebenso erläutert wie die neuen Leistungen für Familien, die Pflegebedürftige versorgen. Fazit der Reform: Die Kran-

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
Deutschland liegt gut im Rennen!

Mehr Geld für den Bürger, mehr Schwung für die Wirtschaft

Alles über die Große Steuerreform

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
 Deutschland liegt gut im Rennen!

Gesundheitsreform

von A bis Z

Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar

Die Vorsorge wird verstärkt

Die Pflege wird anerkannt



kenversicherung bleibt bezahlbar. Die Vorsorge wird gestärkt. Die Pflege wird anerkannt.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme 15,— DM
 Bestell Nr. 5126

Faltprospekt

12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Kurzgefaßt beschreibt der Faltprospekt die zentralen Erfolge der Regierung Helmut Kohl: Die Wirtschaft läuft, und die Preise bleiben stabil. Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform sichern unsere Zukunft. Die Leistung der Frau in Familie und Beruf wird anerkannt. Im Umweltschutz sind wir Vorreiter, und deutsche Forschung und Technologie liegen weltweit vorn. Die Regierung Helmut Kohl hat erfolgreich verhandelt: Für menschliche Erleichterungen und die Einheit Deutschlands. Sie hat den Frie-

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl
 Deutschland liegt gut im Rennen!

12

Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl



den sicherer gemacht. Der Faltprospekt ist ein ideales Verteilmittel.

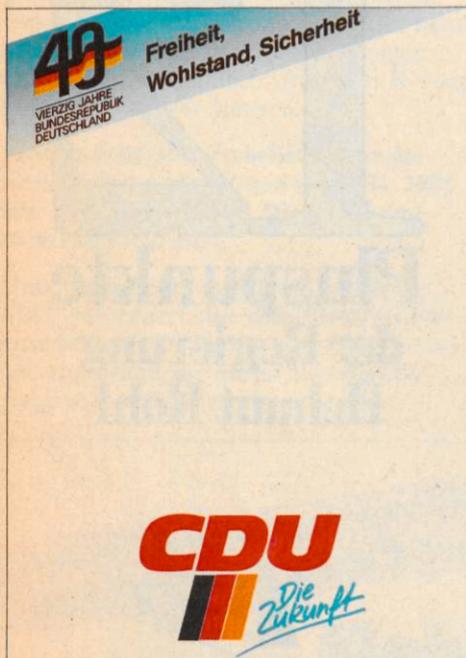
Mindestabnahme: 100 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme 20,— DM
 Bestell-Nr.: 2128

Bestellungen richten Sie bitte an das
**IS-Versandzentrum, Postfach 1328,
 4804 Vermold.**

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Der Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland bietet vielfältige Möglichkeiten, die erfolgreiche Politik der CDU



für unser Land in den vergangenen 40 Jahren darzustellen. Als optischen Rahmen für Ihre Aktionen stehen Ihnen ein Rahmenplakat und ein Rahmenflugblatt zur Verfügung, die mit dem offiziellen 40-Jahre-Emblem gestaltet sind.

Rahmenplakat DIN A1

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland
Mindestabnahme 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

35,50 DM zuzügl. MwSt.

Bestell-Nr.: 8124

Rahmenflugblatt DIN A4

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland
Mindestabnahme 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

50, — DM zuzügl. MwSt.

Bestell-Nr.: 1125

Die wichtigsten Termine

Auf einem Faltblatt in Millionenauf-
lage hat das Presse- und Informations-
amt der Bundesregierung über 180
Veranstaltungen und Termine im
gesamten Bundesgebiet zusammenge-
stellt und vermittelt einen umfassenden
Überblick über das Gesamtpro-
gramm. — **Das Faltblatt kann beim
Presse- und Informationsamt,
Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1,
angefordert werden.**

Aktuelles Massenverteilungsmittel CDU extra

Ein neues, aktuelles CDU extra ist Teil der Informationskampagne zur Halbbilanz. Jeder Kreisverband wird bis zu 10.000 Exemplare **kostenlos** erhalten.

Achtung Ortsvorsitzende: Bitte wenden Sie sich umgehend mit Ihrer Bestellung an Ihren Kreisverband, damit Sie sich eine ausreichende Anzahl von CDU extra zur Verteilung reservieren können!

Die Kreisverbände wurden von uns vorab bereits über Bestellmöglichkeiten und Preise für zusätzliche Bestellungen informiert. Dieses CDU extra wird rechtzeitig für die Verteilung ab 11. Februar, also dem Wochenende nach Fastnacht, zur Verfügung stehen.



Nach fünf Jahren: Halbzeit in der Dekade der Behinderten

Die Bundesregierung hat sich die Vorstellungen der Vereinten Nationen zu eigen gemacht, dem Internationalen Jahr der Behinderten 1981 solle eine Dekade der Behinderten 1983 bis 1992 folgen, um die erfolgreichen Ansätze des Internationalen Jahres im Interesse der Behinderten weiter auszubauen. Die Bilanz der ersten fünf Jahre der Dekade kann sich sehen lassen. Jüngstes Beispiel dieser Politik sind die wesentlichen Verbesserungen in der häuslichen Pflege von Behinderten und Kranken sowie Verbesserungen im Bereich der Früherkennung und Frühbehandlung in Zusammenhang mit der Reform des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden während der ersten Hälfte der von den Vereinten Nationen ausgerufenen Dekade der Behinderten 1983 bis 1992 beachtliche Fortschritte auf dem Weg zur Integration der Behinderten erzielt. Dies ist das Ergebnis einer Zwischenbilanz, welche die Bundesregierung — ebenso wie die Vereinten Nationen auf ihrer 42. Generalversammlung — jüngst in der Mitte der Dekade gezogen hat.

„Es bleibt noch viel zu tun“

„Es bleibt noch viel zu tun, aber es ist auch viel erreicht worden“, sagte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm dazu. In einer Art „Volksbewegung“ seien Vorstellungen verwirklicht worden, deren baldige Realisierung noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten wurden. Der Minister nannte beispielhaft die Tatsache, daß heute überall Behinderten-

parkplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind. Nicht ein einziger Zug der Bundesbahn war im Jahr der Behinderten 1981 mit einem behindertengerechten Waggon versehen. Heute gehöre hingegen zu jedem IC-Zug ein behindertengerecht ausgestatteter Wagen. Auch im Regional- und Nahverkehr der Deutschen Bundesbahn werden immer mehr Fahrzeuge behindertengerecht ausgestattet. Bis 1990 sollen auf allen größeren

Norbert Blüm zieht positive Bilanz

Bahnhöfen die Bahnsteige für alte und behinderte Menschen zugänglich sein. Auf den Bundesautobahnen wurden von 1981 bis 1986 etwa 350 Tankstellen, Raststätten und Motels durch ebenerdige Zufahrten sowie behindertengerechte Wasch- und WC-Anlagen umgerüstet. Schon Ende dieses Jahres sollen alle Autobahnanlagen behindertengerecht umgerüstet sein.

Alle deutschen Flughäfen bieten Mobilitätshilfen an, z. B. gesonderte Rollstühle. Notwendige Begleitpersonen können im innerdeutschen Flugverkehr unentgeltlich mitreisen. Bestimmte Gruppen von Behinderten erhalten weitere Vorteile. Auch Schwerbehinderte können inzwischen Ferien machen, weil es bereits zahlreiche behindertengerechte Hotels im In- und Ausland gibt. Die großen Reiseunternehmen greifen bei ihren Angeboten auf die Erfahrungen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen zurück. Die Beseitigung von Mobilitätshindernissen ist Voraussetzung einer jeden dauer-

haften Integration und deshalb für die Behinderten besonders wichtig.

Die Verbesserungen während der ersten Hälfte der Dekade gehen aber weit darüber hinaus. So gibt es beispielsweise heute ein ausreichendes Angebot genetischer Beratungsstellen (28), sozialpädagogischer Einrichtungen (etwa 50) und Hunderte von Frühförderstellen, insbesondere für geistig behinderte Kinder.

Erfolge sind auch auf dem Gebiet der gemeinsamen Erziehung zu verzeichnen. Seit 1981 erhöhte sich die Zahl der Kindergärten, in denen behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam erzogen werden, von 60 auf 160. Der anhaltende Wunsch der Eltern nichtbehinderter Kinder nach gemeinsamer Erziehung ist so stark, daß mit zahlreichen weiteren integrativen Kindergärten zu rechnen ist. Umgekehrt weist die Entwicklung in den Sonderschulen und Sondereinrichtungen

Erfolge auch auf dem Gebiet der gemeinsamen Erziehung

darauf hin, daß sie möglichst nur noch dann in Anspruch genommen werden, wenn Erziehung und Integration auf andere Weise nicht verwirklicht werden können. Die meisten Universitäten und Hochschulen sind heute auch für schwerbehinderte Studenten zugänglich.

Bemerkenswert ist der stark ansteigende Zusammenschluß Behinderter in Selbsthilfegruppen, die auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene energisch und erfolgreich mit den Behindertenorganisationen die Durchsetzung ihrer Anliegen verfolgen.

Dies sind Beispiele aus der Zwischenbilanz, die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bei der Vorstellung einer Broschüre mit dem Titel „**Einander verstehen — miteinander leben. Wie weit sind wir heute? — Eine Zwischenbilanz im Jahrzehnt der**

Behinderten 1983 bis 1992“ gezogen hat. Die Broschüre ist vom Bundesarbeitsministerium herausgegeben und kostenlos erhältlich.

Beachtliche Verbesserungen

Im Zuge der Reform der Krankenversicherung treten ab 1. Januar 1989 beachtliche Verbesserungen für den Personenkreis der Behinderten in Kraft. So werden erstmals die Leistungen der sozialpädagogischen Zentren umfassend gesetzlich geregelt. Eine ganz wesentliche Entlastung tritt bei der häuslichen Pflege von Schwerstbehinderten und Kranken ein, indem erstmals die Kosten für eine Ersatzpflegekraft bis zu 4 Wochen je Kalenderjahr, wenn die Pflegeperson wegen Urlaub, Krankheit oder aus anderen Gründen zeitweise verhindert ist, übernommen werden. Das heißt: Die Mutter, die rund um die Uhr ihr behindertes Kind pflegt, wird endlich einmal Urlaub machen können. Die Krankenkasse wird ihr helfen, für diese Zeit eine Ersatzperson zu finanzieren. Bis zu 1.800 DM werden hierfür pro Einzelfall bereitgestellt. Die Reform hilft also denen, die anderen helfen: den Helfern der Schwerpflegebedürftigen. Zwei Jahre später soll mit Geld- und Sachleistungen eine weitere Hilfe hinzukommen. Ab 1. Januar 1991 wird eine Pflegekraft dem Schwerpflegebedürftigen monatlich in bis zu 25 Pflegeeinsätzen versorgen — die Kosten übernimmt die Krankenkasse. Wenn der Pflegebedürftige sich durch Verwandte oder Nachbarn pflegen läßt, zahlt ihm die Krankenkasse 400 DM monatlich. An diesen Beispielen wird besonders deutlich, daß die Bundesregierung für den Personenkreis der Behinderten und der von einer Behinderung bedrohten Menschen erhebliche Anstrengungen unternimmt, um ihr schweres Schicksal zu erleichtern.

Eine mit staatlichen Mitteln unterstützte Parteienfinanzierung ist durch das Grundgesetz gerechtfertigt

Rede des Abgeordneten der CDU/
CSU-Fraktion, Johannes Gerster
(Mainz) im Deutschen Bundestag am
9. Dezember 1988:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist keinesfalls so, daß die CDU/CSU mit großem Enthusiasmus an dieses Gesetz herangegangen ist. Es ist aber doch festzustellen, daß wir nicht von uns aus darangegangen sind, dieses Gesetz mit den anderen Fraktionen zu beraten und zu verabschieden, sondern durch das Bundesverfassungsgericht dazu veranlaßt worden sind. Das muß einmal klar gesagt werden.

Es ist schon merkwürdig: Wenn uns das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung auf anderen Feldern der Politik einen Handlungsauftrag gibt — ich erinnere einmal an die Datenschutzgesetze —, können sich manche nicht genug beeilen, die Stoppuhr anzuwerfen, um uns kurze Zeit später an den Fristablauf zu erinnern.

Wenn uns das Bundesverfassungsgericht aber verpflichtet, die **Parteienfinanzierung** noch einmal zu überprüfen, dann wird das Ganze so dargestellt, als wollten wir aus bloßer Überheblichkeit und Raffgier einen tiefen Griff in die Staatskasse tun.

Festzuhalten ist folgendes: Nicht nur das Bundesverfassungsgericht hat uns mit seinem Urteil von 1986 zu einer Überarbeitung verpflichtet, auch der Bundestagspräsident hat — ebenfalls auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung — darauf hingewiesen, daß der **Chancenausgleich**, der ja nicht von uns, sondern von

einer Sachverständigenkommission entwickelt worden war, entgegen der ursprünglichen Absicht Parteien mit hohen Eigenanstrengungen nicht begünstigt, sondern bestraft. Oder, anders gesagt: Je geringer die Spenden- und Mitgliederwerbung, um so mehr Staatsknete — wie die GRÜNEN zu sagen belieben — winkt auf Grund der noch geltenden Regelung der Parteikasse der GRÜNEN.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

So bekommt in diesem Jahr die CDU mit 750 000 Mitgliedern null DM aus dem Chancenausgleich. Und die GRÜNEN erhalten bei 40 000 Mitgliedern 5,9 Millionen DM.

(Frau Traupe, SPD: So ist es!)

Es gehört zu ihrem scheinheiligen Gehabe, daß sie letzten Endes, weil sie da im Verhältnis zu anderen Parteien ein Stück beschnitten werden, protestieren und dies in ein puritanisches Mäntelchen fassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Man kann es noch drastischer formulieren: Nach geltendem Recht finanziert ein privater Spender, der die großen Parteien unterstützen will, ungewollt, aber wirksam über den Chancenausgleich die kleinen Parteien mit. Das konnte nicht gewollt sein und kann daher so nicht bleiben.

Beides, der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts und die Kritik des Bundestagspräsidenten, verpflichtet uns, mit der jetzigen Gesetzesvorlage die Schwachstellen in der Parteienfinanzierung auszuräu-

men und auf eine verfassungsrechtlich einwandfreie Grundlage zu stellen.

„Die Parteien sollen nicht zuviel Geld verschwenden mit Plakaten, Luftballons und anderen Werbematerialien“ — auch dieses Argument hört man immer wieder. Richtig! Aber komisch ist: Man hört es nur, wenn es um die Parteien geht, nicht bezüglich anderer Organisationen und Verbände. So muß einfach einmal zur Kenntnis genommen werden: Die **Öffentlichkeitsarbeit** der Parteien findet ja nicht irgendwo, etwa in der Wüste Gobi, statt, sondern auf den Straßen und Plätzen der Bundesrepublik Deutschland. Da sind die Parteien nicht allein, sondern stehen in Konkurrenz zu vielen anderen, die ebenfalls sehr geschickt um Aufmerksamkeit werben.

Die Parteien haben vor der letzten Bundestagswahl für die Öffentlichkeitsarbeit rund 250 Millionen DM ausgegeben. Das macht pro Jahr etwa 63 Millionen DM aus. Allein die bundesdeutsche Zigarettenindustrie gibt in jedem Jahr rund 300 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit aus, also das Fünffache. Auch sie ist nicht allein auf dem Markt.

Dazu kommen Waschmittelwerber, die Autowerber, die Süßigkeitenwerber, die Getränkewerber, die Zahnpastawerber, und ich weiß nicht welche Werber noch. Alle gehen mit riesigen Beträgen auf den Werbemarkt — dagegen will ich hier jetzt gar nichts sagen —, aber die Parteien sollen sich auf die Mund-zu-Mund-Propaganda beschränken. Das kann doch nicht im Sinne von Art. 21 unseres Grundgesetzes sein, der die Parteien zur **Mitwirkung an der politischen Willensbildung** verpflichtet.

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will noch einen Vergleich ziehen. Die Parteien erhalten pro Wähler fünf DM an Wahlkampfkosten erstattet. Nehme ich

einmal die Bundestags-, Landtags- und Europawahlen zusammen, sind das in vier Jahren ungefähr 15 DM pro Wähler, pro Jahr also nicht einmal vier DM. Manche derjenigen, die uns da so moralträchtig wegen überzogener staatlicher Parteienfinanzierung kritisieren, sitzen in Rundfunk- und Fernsehanstalten, die von jedem Bürger im Monat 16,60 DM oder — umgerechnet — fast 200 DM im Jahr erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD — Conradi, SPD: Das ist ein starkes Argument!)

Die Frage muß doch einmal erlaubt sein, ob die Parteien mit vier DM im Jahr in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu hoch unter-

„Es muß einfach einmal zur Kenntnis genommen werden: Die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien findet ja nicht irgendwo, etwa in der Wüste Gobi, statt, sondern auf den Straßen und Plätzen der Bundesrepublik Deutschland. Da sind die Parteien nicht allein, sondern stehen in Konkurrenz zu vielen anderen, die ebenfalls sehr geschickt um Aufmerksamkeit werben.“

stützt werden gegenüber 200 DM an Quasi-Steuergeldern für Fernsehanstalten, die auch nicht ganz — ich will es einmal vorsichtig ausdrücken — auf die politische Einflußnahme verzichten.

Darüber hinaus hängen die gleichen Rundfunkanstalten auch noch kräftig am Tropf der Werbeeinnahmen.

Wir brauchen bei diesem Thema etwas mehr Ehrlichkeit. Denn es ist nicht nur die Glaubwürdigkeit der Parteien, sondern auch die Glaubwürdigkeit von anderen berührt.

Damit bin ich bei den GRÜNEN. Ihr Verhältnis zur sogenannten grünen Staatsknete hat ein Delegierter auf Ihrem

Parteitag am letzten Wochenende in Karlsruhe wörtlich so ausgedrückt — er hat dafür sehr viel Beifall bekommen — :

Ich kann nicht mit einer Partei Häuser besetzen, die Volkszählung boykottieren oder Blockaden veranstalten, mit der ich nicht einmal die Steuer bescheißen kann.

So läuft es bei den GRÜNEN.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Gelder verschwinden für — ich zitiere — „Fressen und Saufen in Funktionärstaschen, sozial Benachteiligten wird in Arbeitsverhältnissen die soziale Absicherung rechtswidrig vorenthalten, und braune Scheine gehen massenhaft ohne Belege und auf Nimmerwiedersehen verloren.“

Einer von Ihnen — er hat auch einmal Ihrer Bundestagsfraktion angehört — hat Ihren Umgang mit Geld ganz richtig ausgedrückt. Wörtlich:

Wir sind angetreten, diese Gesellschaft grundlegend zu verändern, aber wir sind nicht einmal imstande, ein Haus umzubauen und eine Baustelle ordentlich zu führen.

Wie wahr!

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Oder nehmen Sie die Beratung dieses Gesetzes vor zwei Tagen im Innenausschuß. Da beschreibt eine Abgeordnete der GRÜNEN wörtlich Manipulationsmöglichkeiten, wie die Existenz ruhender Mitgliedschaften, das Umwidmen von Beiträgen in Spenden und umgekehrt oder die Zwangsabgaben von Bundestagsabgeordneten, also Dinge, die sie nur aus dem Organisationschaos der GRÜNEN kennen kann, um dann nicht grün-, sondern blauäugig festzustellen: „Da sehen Sie, daß alles möglich ist.“

Verehrte Frau Kollegin Vollmer, da liegt eben der kleine Unterschied: Bei ord-

Zitat

„Wir gehen gut gerüstet in das Jahr 1989. Auch im siebten Jahr können Wachstum, zunehmende Beschäftigung und Preisstabilität erreicht werden. Voraussetzung ist, daß wir am erfolgreichsten Kurs der Finanz- und Wirtschaftspolitik festhalten und mit unseren Partnern in aller Welt weiterhin gut zusammenarbeiten.“

**Bundesfinanzminister
Gerhard Stoltenberg**

nungsgemäß geführten Parteien — dazu zähle ich die Union z. B. — ist eben nicht alles möglich und schon gar nicht, was in grünen Gehirnen zur Umgehung geltender Gesetze alles ausgedacht werden kann.

Ich bin durchaus der Meinung, daß die Kontrolle der Parteien funktioniert. Wenn jemand meint, diese Kontrolle funktioniere nicht, dann bin ich sehr dafür, daß wir sie verschärfen und verstärken; denn hier ist absolute Transparenz notwendig, die meiner Auffassung nach auch gegeben ist.

So geht das eben bei den GRÜNEN. Es lohnt sich wirklich, ihre Worte und ihre Taten einmal unter die Lupe zu nehmen. Nein, mit einer Lupe kommt man hier gar nicht aus. Man braucht ein Radioteleskop. Zwischen ihren Worten und ihrem Handeln liegen nämlich Lichtjahre.

Die GRÜNEN hatten 1987 — Herr Kollege Bernrath, das sind die neuesten Zahlen — einen Staatsanteil an ihren Finanzmitteln von über 55 Prozent. Zum Vergleich: CDU/CSU und SPD lagen bei etwas über 30 Prozent, also 20 Prozent niedriger.

Das ist kein Wunder. Den GRÜNEN geht es nämlich gar nicht darum, über Mitglieder oder Spendenwerbung Unterstützung zu finden. Ihnen geht es aus-

schließlich um möglichst staatsfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit ohne eigene Anstrengungen. Darum geht es ihnen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben 40 000 Mitglieder gegenüber knapp eine Million jeweils bei CDU/CSU und SPD, wenn ich die Parteivereinigungen mitrechne. Wenn ich es auf die Wählerschaft umrechne, dann ergibt sich: Auf 80 Wähler bei Ihnen kommt etwa ein Mitglied; auf 80 Wähler bei SPD oder CDU/CSU kommen etwa fünf Mitglieder.

Ich fordere Sie auf: Krempeln Sie erst einmal die Ärmel hoch, und steigern Sie Ihre Beitragseinnahmen, bevor Sie anderen überhöhte Staatseinnahmen vorwerfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die GRÜNEN ziehen vor das Verfassungsgericht, um den parteinahen Stiftungen den Garau zu machen, weil diese angeblich unmoralischerweise Staatsmittel für die Parteiarbeit einsetzen. Und als das Bundesverfassungsgericht Ihre Klage, Herr Schily, abgewiesen hat, hatten Sie nichts Eiligeres zu tun, als Ihre eigene Stiftung zu gründen, unter merkwürdigen Umständen und — der Kollege Langner hat bereits mehrfach darauf hingewiesen — zu dubiosen Zwecken.

Gestern dagegen protestieren, weil es angeblich unmoralisch ist, heute absahnen, weil es so schön ist, und morgen auf andere schimpfen, weil es ja doch keiner merkt: Das ist Ihre Devise in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Erst wettern Sie gegen das neue Parteienfinanzierungsgesetz und wollen mit Ihrer Ablehnung Ihre jungfräuliche Unschuld dokumentieren, dann langen Sie aber voll zu.

Es steht ja nirgends, daß eine Partei gezwungen wäre, die volle Wahlkampfkostenersatzung oder den vollen Chancenausgleich in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil, jede Partei kann diese Mittel beantragen, sie kann es aber auch lassen oder sich auf einen Teilbetrag beschränken.

Aber nein, so weit geht die Jungfräulichkeit der GRÜNEN doch nicht. Wenn die anderen die Kartoffeln aus dem Feuer geholt haben, dann meinen Sie, voll zulangen zu dürfen. Ich fordere Sie auf: Wenn Sie die staatliche Parteienfinanzierung für überhöht halten, wenn Sie also heute gegen das Gesetz stimmen, dann

Argumente für Europa

Die Dokumentation „**Mit Forschung die Zukunft gewinnen**“. Technologische Leistungsfähigkeit sichert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Wirtschaft“ im grünen Teil dieser Ausgabe kann über das **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold** bezogen werden.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM zuzüglich MwSt.
Bestell-Nr.: 5129

Außerdem sind im Angebot die aktuellen UiD-Dokumentationen:

„**Unsere Argumente für Europa**“
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 9,— DM zuzüglich MwSt.
Bestell-Nr.: 5110

„**Europäischer Binnenmarkt 1992 — Herausforderung und Chance**“
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM zuzüglich MwSt.
Bestell-Nr.: 5123

bleiben Sie wenigstens einmal konsequent und beantragen Sie beim nächsten Mal nicht die volle Summe, sondern nur einen Teilbetrag.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihr langjähriger Bundesschatzmeister, der jetzt frustriert aus der Partei austritt, hat die GRÜNEN ganz richtig beurteilt: Früher waren wir Hoffnungsträger, heute nur noch Überweisungsträger.

(Heiterkeit)

Man kann es auch drastischer sagen: Wenn die GRÜNEN gegen die staatliche Parteienfinanzierung zu Felde ziehen, dann ist das genauso glaubwürdig, als wenn ein Zuhälter auf die Straße geht, um für das Zölibat zu demonstrieren.

Ich plädiere für Glaubwürdigkeit, für Ehrlichkeit, aber auch für Selbstbewußtsein der Parteien bei der Behandlung dieses Themas.

Ich fasse zusammen.

Erstens. Die Änderung des Gesetzes zur Parteienfinanzierung ist notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht und der Bundestagspräsident uns entsprechend beauftragt haben.

Zweitens. Eine mit staatlichen Mitteln unterstützte Parteienfinanzierung ist moralisch und durch das Grundgesetz gerechtfertigt. Die Parteien müssen, um ihrer Aufgabe der politischen Willensbildung gerecht werden zu können, eine finanzielle Ausstattung haben, die ihnen genügend Aufmerksamkeitswert in der Konkurrenz mit anderen erlaubt.

Drittens. Denjenigen, die staatliche Mittel für die Parteienfinanzierung kritisieren, wird empfohlen, zunächst einmal in ihrem eigenen Haus für Sparsamkeit und Ehrlichkeit zu sorgen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Parteienfinanzierung

Die wichtigsten Neuerungen im Parteienfinanzierungsgesetz, das der Bundestag am 9. und der Bundesrat am 16. Dezember 1988 verabschiedet hat:

● **SOCKELBETRAG:** Parteien, die mindestens zwei Prozent der Wählerstimmen erreichen, erhalten künftig einen Grundbetrag in Höhe von sechs Prozent der vom Staat gezahlten Wahlkampfpauschale. Dies ergibt für alle fünf Bundestagsparteien zusammen eine Summe von zusätzlich rund 68 Mill. DM pro Legislaturperiode.

● **CHANCENAUSGLEICH:** Durch eine neue Berechnungsmethode soll sichergestellt werden, daß die großen, mitgliederstarken Parteien gegenüber den kleinen nicht weiter benachteiligt werden.

● **VERÖFFENTLICHUNGSPFLICHT:** Die Pflicht zur Veröffentlichung des Namens von Spendern beginnt bei 40 000 DM pro Spende, bisher 20 000 DM.

● **STEUERBEGÜNSTIGUNG:** Künftig können Beiträge und Spenden für Parteien nur noch bis zu einer Höhe von 60 000 DM (bei Verheirateten 120 000 DM) steuerfrei abgesetzt werden. Bisher waren erheblich höhere Spenden absetzbar, was aber vom Bundesverfassungsgericht gerügt wurde.

● **SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION:** Vor künftigen Änderungen in der Struktur und der Höhe der Wahlkampfkostenerstattung muß der Bundestag eine Sachverständigenkommission anhören, die vom Bundespräsidenten berufen wird.

Rolf Zundel in der „Zeit“ über Helmut Kohl:

„Ein Kanzler wie ein Eichenschrank“

Der Kanzler, so schildert es einer seiner Mitarbeiter, „ist wie ein schwerer Eichenschrank, an dem man sich zwar immer wieder stößt, den zu verrücken aber alle aufgeben haben“.

★

Im Gegensatz zu manchen stattlichen Figuren, die sich eher klein machen, setzt Kohl seine Größe ein. Und wenn nur die Hälfte davon wahr ist, was Mitarbeiter und Politiker erzählen, so dominiert er fast überall, übrigens auch in der Fraktion. Sogar kritische Beobachter räumen ein, daß er es in spontaner Rede versteht, „eine Art emotionaler Einheit zwischen Redner und Publikum herzustellen“: Wir-Gefühl.

★

Ein ... Entscheidungsprozeß läßt sich nur bewältigen, wenn die Positionen aller Beteiligten und deren Kompromißmöglichkeiten richtig eingeschätzt werden, wenn die Zögernden immer wieder von neuem überzeugt oder unter Druck gesetzt werden. Kohl, der einen Blick für Menschen mit ihren Schwächen besitzt und dem kein Verfahrenstrick mehr fremd ist, versteht dieses Geschäft. Und notfalls drückt er auch seine Meinung durch. Entscheidungen ermöglichen, sie durchsetzen — so wird meist die Aufgabe des Kanzlers beschrieben.

★

Nicht so sehr durch neue Ideen führt der Kanzler, sondern indem er seine Kraft und sein Geschick dazu benützt, Zögernde, Zweifelnde zur Entscheidung zu zwingen und dabei zu bleiben. Einiges wäre ohne Kohl nicht zustande gekommen: die Beschränkung des Streikrechts der Gewerkschaften etwa, die inzwischen allerdings zweifelhaft gewordene Verlängerung des Wehrdienstes, das Festhalten an der

Kernenergie, die Postreform und vor allem ... die Europa-Politik. Das Lieblingsthema des Kanzlers, der europäische Binnenmarkt, läßt im übrigen auch erkennen, daß der Kanzler inzwischen einen langen Schatten auf die Außenpolitik wirft. „Die wichtigen Leute in Europa und anderswo haben begriffen“, so drückt es ein naher Beobachter aus, „daß ohne Kohl nichts geht.“

★

Noch deutlicher wird Kohls Handschrift in kleineren Entscheidungen. Die Aufnahme der Aussiedler wird zur nationalen Aufgabe erklärt, und wenn es in der Bürokratie hakt, macht der Kanzler Geld locker. Das historische Museum in Berlin ist sein Kind, die nationalen Europa-Konferenzen zur Vorbereitung des Binnenmarktes sind seine Erfindung. Er sorgt dafür, daß Möllemann sein Universitätsprogramm finanzieren kann. Kohl geht dabei — das Wort fällt immer wieder — „induktiv“ vor. Er denkt vom Einzelfall aus, hat unendlich viele und manchmal überraschende Erfahrungen von Betroffenen parat, hat eine Nase für Entwicklungen, die gefährlich werden können. Er sorgt oft dafür, daß Lösungen praktikabel sind, nicht zuletzt für die Wirtschaft.

★

Ob man nun den modernen Regierungschef im Joch des mühevollen Koordinators sieht oder vor allem die Koalitionswänge heraushebt, ob man die Medienherrschaft herausstellt oder gar die gesamte Politik im Zerfallsprozeß sieht — jedenfalls ist Kanzlerdemokratie längst nicht mehr das, was sie zu Adenauers Zeiten war. So gesehen ist es schon einigermaßen erstaunlich, daß unter Kennern in Bonn eigentlich niemand ernsthaft daran zweifelt: Kohl ist ein starker Kanzler.

Heiner Geißler: Verkehrte Welt

Wenn wir in diesem Jahr anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland zurückblicken, dann werden Glanzstücke dieser Bilanz die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der hohe Lebensstandard und Wohlstand und die soziale Sicherheit sein. Eine entscheidende Ursache für diesen Erfolg ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb versucht man in den kommunistischen Staaten Osteuropas, z. B. in Ungarn, aber auch in der Sowjetunion, Elemente dieses erfolgreichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepts zu übernehmen, weil man das Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft eingesehen hat.

Im Gegensatz dazu sind im aktuellen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD zahlreiche überholte planwirtschaftliche Forderungen wie z. B. die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, dirigistische Forderungen nach nationalen Entwicklungsplänen, Investitionslenkung sowie Wirtschafts- und Sozialräten anzutreffen.

Verkehrte Welt: Während im real existierenden Sozialismus marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden, will die SPD bewährte marktwirtschaftliche Prinzipien aufgeben und planwirtschaftliche Elemente einführen. Muß etwa Gorbatschow auch noch den Vorsitz der SPD-Programmkommission übernehmen, um auch dort eine marktwirtschaftlich orientierte Programmatik sicherzustellen?

Es ist bezeichnend, daß Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD zusammen mit den SPD-Wirtschaftsministern der Länder in einem achtseitigen Brief den beiden Vorsitzenden der SPD-Programmkommission,

Vogel und Lafontaine, das kleine Einmal-eins der Sozialen Marktwirtschaft beibringen muß. Sie betonen die Notwendigkeit von Markt und Wettbewerb als zentrale Steuerungsinstrumente jeder Wirtschaftsordnung und warnen vor der traditionellen Marktfeindlichkeit und der idealistischen Staatsgläubigkeit der SPD.

An dem Streit der SPD über Grundfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird deutlich, daß die von manchen Beobachtern propagierte Feststellung, die SPD habe sich konsolidiert, falsch ist. Die Strategie von Hans-Jochen Vogel, durch verordnete Ruhe in der Partei nach außen einen guten Eindruck zu machen, ist gescheitert. Vogel ist Vorsitzender der Programmkommission, die jetzt durch den Flügelstreit über die Wirtschaftspoli-

**Die SPD hat die
geistige Erneuerung
bisher verpaßt**

tik gelähmt ist. Noch am 29. Dezember 1988 hat er angekündigt, daß die SPD ihr neues Grundsatzprogramm „in der zweiten Jahreshälfte 1989 endgültig beschließen“ wolle. Einige Tage später schlägt er die Verschiebung des Parteitages vor. Gesteht damit Vogel aber nicht ein, daß er den Überblick verloren und sowohl als SPD-Vorsitzender wie auch als Vorsitzender der Programmkommission versagt hat?

Nach über sechs Jahren Oppositionszeit hat die SPD immer noch kein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept. Die SPD ist in einer Selbstverständniskrise und hat die notwendige politische und geistige Erneuerung in der Opposition bisher verpaßt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wichtiger Hinweis

Einige Fragen an Sie...

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle möchte die CDU-Mitglieder in ihrer Öffentlichkeitsarbeit vor Ort noch mehr unterstützen. Wenn Sie den Fragebogen im blauen Teil dieser Ausgabe ausfüllen, helfen Sie uns dabei. Unter den Einsendern verlosen wir dreißig Reisen nach Bonn.

30 Reisen

nach Bonn

zu gewinnen

Große Verteilaktion

Ein neues, aktuelles CDU extra ist Teil der Informationskampagne zur Halbzeitbilanz. Jeder Kreisverband wird bis zu 10.000 Exemplare **kostenlos** erhalten.

Achtung Ortsvorsitzende: Bitte wenden Sie sich umgehend mit Ihrer Bestellung an Ihren Kreisverband, damit Sie sich eine ausreichende Anzahl von CDU extra zur Verteilung reservieren können!

Die Kreisverbände wurden von uns vorab bereits über Bestellmöglichkeiten und Preise für zusätzliche Bestellungen informiert.

Dieses CDU extra wird rechtzeitig für die Verteilung ab 11. Februar, also dem Wochenende nach Fastnacht, zur Verfügung stehen.

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der



Regierung Helmut Kohl

Die CDU extra ist ein Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Er enthält Informationen über die Arbeit der Regierung und die CDU. Die CDU extra ist ein kostenloses Informationsmedium für die Mitglieder der CDU. Die CDU extra ist ein kostenloses Informationsmedium für die Mitglieder der CDU.

Deutschland liegt gut im Rennen!

Partei der Reformen

Die CDU extra ist ein Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Er enthält Informationen über die Arbeit der Regierung und die CDU. Die CDU extra ist ein kostenloses Informationsmedium für die Mitglieder der CDU. Die CDU extra ist ein kostenloses Informationsmedium für die Mitglieder der CDU.



Die CDU extra ist ein Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Er enthält Informationen über die Arbeit der Regierung und die CDU. Die CDU extra ist ein kostenloses Informationsmedium für die Mitglieder der CDU. Die CDU extra ist ein kostenloses Informationsmedium für die Mitglieder der CDU.



1/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.